

# Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.  
Sachsen & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauspostamt:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fragerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Anhang M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 1 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 2.

Dresden, Freitag den 3. Januar 1919.

30. Jahrg.

## Der innere und der äußere Feind.

### Wider Deutschlands Verderber.

Bis zur Revolution des 9. November hat die Junkerpartei Deutschland regiert. Ihr allein verdanken wir den jämmerlichen Zustand, in dem sich jetzt Reich und Volk befinden. Junker waren in der Regierung, Junker in der Oberleitung an allen hohen Stellen maßgebend. Es ist nur ein Stück der politischen und moralischen Heineit, welche seit Offenbarwerden der Niederlagen die Junkerpartei an den Tag geleitet hat, wenn sie jetzt die Verantwortung für die Vergangenheit von sich zu schieben sucht.

Die früher als Konservativen, Freikonfessionelle, Rechtspartei, Mitteldeutsche, Nationaldemokraten, Wehrvereiner, Christlich-Sozialen, Reformpartei, Wirtschaftliche Vereinigung u. a. o. in der Reaktion dienten, sind jetzt auch „Volkspartei“ geworden. Die deutschnationale Volkspartei nennen sie sich. Den ersten Aufbruch der deutschnationalen Volkspartei unterzeichneten 18 Adlige und 16 Bürgerliche. Die Verfechtung der Junkerpartei war nur Mummenschanz geblieben. Unter dem Scheinbild gabte die alte Junkerpartei herab.

Deutsch-National! Das war stets der Lärm der Reaktion, sich als besonders gute Patrioten, als entschlossene Bekämpfer des Sozialismus aufzuspielen. In Wahrheit sind sie die Feinde Deutschlands geworden. Die unheimliche Gewalttat, das ewige Verbrechen mit der gepanzerten Faust und dem geschliffenen Schwert, das proletarische Verbrechen der ganzen Welt war Junkerpartei und Junkerart. Sie hat uns die Feindschaft der ganzen Welt eingetragen. Das konterrevolutionäre Polizeiregiment hat Deutschland in der ganzen Welt verächtlich gemacht und dadurch den Keim zur Niederlage durch die Koalition aller Weltmächte gegen uns gelegt. Die Willkürherrschaft der Eise-Lothringers — Jaber! —, der Polen und Dänen durch übermäßige Junkerkolonien und Junkerbureaus hat uns in die Weltkriege geführt, die wir im Krieg verloren, kostet uns weiter Sand im Oken und Korden.

Den Krieg, auf den sie schon immer hingearbeitet hatten, haben die Junkerlichen Militaristen jubelnd begrüßt: „Endlich schlägt die erste Stunde“, kramte die ganze Junkerpartei in den furchtbaren Tagen, da das große Blutergießen begann. Während der ganzen 51 Monate Krieg haben sie dann unermüdet gegen jede Friedensmöglichkeit gehetzt. „Nur kein vorzeitiger Friede!“ — heulte jahrelang der ganze Chor der Junkerpartei. Einer widerwilligen Regierung, welche die Katastrophe richtig vorausahnte, wurde der verführte Unterwerfungskrieg aufzuzwingen und Deutschland, das sich wunderbar gehalten hatte, durch Herausforderung der amerikanischen Feindschaft ins unaufhaltsame Verderben gestürzt. Dabei dachten diese Kriegshäher gar nicht daran, materielle oder staatspolitische Opfer für den deutschen Sieg zu bringen. Sie schoben und wucherten schamlos mit den Lebensmitteln und verlangten unangenehme höhere „Anreizpreise“. Sie schlemmten in den Stuppen und Offizierskasinos, während die Soldaten Rohldampf schoben oder „Drahtverhau“ hinunterwürgten. Allen inneren Reformen setzte während des Krieges das Junkertum den hartnäckigsten Widerstand bis aufs äußerste entgegen. „Wenn wir das gleiche Maßrecht in Preußen bekommen, haben wir den Weltkrieg verloren!“ verführte Oberburg-Junkerhaus, der keine Karaffeln mehr bauen wollte, weil ihm der Preis nicht hoch genug war. Dieses Wort der Schmach wird ewig auf der Reaktion lauten wie die jämmerlichen Taten ihrer Feigheit nach Jena und nach dem 9. November.

Die Verderber Deutschlands, die Kriegshäher und Gewalttäter werden das deutsche Volk auch in ihrer Verfechtung als deutschnationale Volkspartei durchschauen. Für sie muß der Wahlsieg Gerichtstag werden. Das deutsche Volk wäre verzückt, wenn es noch länger den Männern einen Anteil an der Staatsmacht gönnte, deren Eigenart und Brutalität in der Zeit ihrer Kleinherlichkeit uns alle ins Unheil geführt haben. Die Monarchie war nur der Mantel; der wirkliche Korbfeind des deutschen Volkes ist die Junkerpartei und ihre freiwillige Dienerschaft.

Die erste Parole für den 19. Januar muß deshalb lauten, daß die deutschnationale Volkspartei keinen Platz in der Konstituante der deutschen Republik finden darf. Fort müssen sie, ihre Zeit ist abgelaufen.

### Ihr Frauen, hofft und schafft!

Gewaltige Umwälzungen hat der Krieg mit sich gebracht, nicht am wenigsten für uns Frauen. Schweres haben wir ertragen gelernt; soch tiefes Leid, daß wir, hätte uns jemand dies im voraus gesagt, nie geglaubt hätten, es ertragen zu können. Aber wir mußten durchhalten; durchhalten um unsern Lieben willen, die draußen im Felde standen, durchhalten um unsern Brüder willen. Da hieß es eben die Jahre verbringen und durch. Da auch noch so viele Ungerechtigkeiten im Wirtschaftlichen oft unsere Kraft zu lähmen schienen, drückte die Not, die Sorge uns noch so tief hinab, daß es doch Stunden, Momente, wo wir in der Ferne ein Lichtblicken, ein kleines Stückchen Morgenrot herausdämmern sahen, das ab und zu Mut, auszuhalten auf unsern Völkern. Soziale Male wägen wir uns, einmal muß es doch anders werden, einmal muß doch

wieder Friede werden. Der Friede ist uns noch immer nicht gekommen, wohl aber die Revolution, die uns Frauen jetzt sagen über Nacht das Frauenwahlrecht brachte, um das wir jahrzehntlang gerungen haben und noch jahrelang hätten ringen müssen. Jetzt haben wir es. Die einzige Partei, die Sozialdemokratie, die das Frauenwahlrecht immer und immer wieder gefordert hatte, sie war es, die uns Frauen das Wahlrecht gab. Ja, mehr noch, wir Frauen haben nicht nur das Wahlrecht, sondern sind auch wählbar. Was das heißen will, wird jeder Frau einleuchten. Es wird nicht mehr gesehen, daß die Männer der Regierung allein über das Wohl und Wehe der Frauen zu bestimmen haben. Man denke nur an die Gesetzesvorlage über die Geburtenverhütung, womit man uns Frauen beglücken wollte, wäre die Revolution nicht dazwischengekommen. Das darf im neuen Deutschland nicht mehr möglich sein. Dort soll die Frau mit zu beraten haben über solche einschneidende gewichtige Fragen.

Es harret untrer noch so unendlich viel Arbeit, so daß wir jede Frauenkraft heranziehen müssen, die sich willig unserer heiligen Sache zur Verfügung stellt. Aufrufen wollen wir, wo der Krieg, der grauame Zerlöser, alles niedergewirft hat. Es ist zerdrückt worden, jetzt heißt es aufbauen, ordnen und regeln, dazu dient uns die Nationalversammlung; dafür laßt uns agitieren, aufklären und belehren, wo sich uns irgend Gelegenheit bietet. Diese unsre erste Wahl, sie möge eine Antwort sein auf alle Ungerechtigkeiten, die wir Frauen schweigend, baldend ertragen haben. Wohl sieht uns noch eine schwere Zeit bevor. Wir wissen nur zu gut, daß die grausamen Waffenstillstandsbedingungen, die die Feinde uns auferlegten, uns langsam, aber sicher dem Hungertode preisgeben, wenn nicht sobald wie möglich von irgendeiner Seite entgegen eingeschritten wird. Aber hoffen wir! Hoffen wir! Denn es gibt im Lager unserer Feinde sowie bei den neutralen Völkern auch Menschen, die der Hölz noch nicht blind gemacht hat, die die Menschlichkeit werden waken lassen. Dies hat uns die kühnliche Schriftstellerin Ellen Key gezeigt. Eine Frau ist es, die ihre Stimme erhebt, die Frauen auffordert, ihre Macht zu gebrauchen, den Nachfrieden in einen Frieden umzuwandeln, den Weisheit und Liebe diktiert, auf daß in das Verhältnis der Völker zueinander eine höhere Menschlichkeit komme.

Die Frauenstimme, sie wird nicht ungehört verhallen. Die Herzen der Frauen und Mütter aller Länder werden zueinander reden in einer Sprache, der niemand Einhalt gebieten kann. Wir Frauen sind jetzt eine Macht. Und wir haben eine Waffe, um unsere Stellung täglich aufs neue zu erkämpfen. Gebrauchen wir sie! Sorgen wir dafür, daß in großer Mehrzahl Vertreter in die Nationalversammlung kommen, die auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen, die für das Fortbestehen des Frauenwahlrechts eintreten, dann nur wird uns Frauen vergönnt sein, mitzuarbeiten am Friedensbau. Ein Deutschland zu schaffen, worin wir Frauen als freie gleichberechtigte Bürgerinnen neben dem Manne stehen, mit ihm vereint in Arbeit, Sorge, Freud und Leid. Nicht mehr als Schmach, sondern als stolzes Geschlecht.

Anna Mosegaard.

### Englische Erpressung im Osten.

Die Rote Fahne verdrängte eine Abmahnung des deutschen Gesandten bei der lettischen und estnischen Republik, August Winz, mit dem Befehl, abzurufen der englischen Flotte, und laßt die deutsche Regierung an, daß sie multilateral den Frieden mit der russischen Republik löse. Dazu erfahren wir aus politischen Kreisen:

Die Verdrängung der Rote Fahne schlägt sich selbst, denn sie beweist, daß die Entente mit allen Mitteln gegen die Bolschewistik zu Felde zieht und daß ein Schweben zwischen der Entente und dem Bolschewismus unendlich ist. Nicht nur der englische Admiral der englischen Flotte im Baltischen Meer, sondern aus Generalstabschef hat verlangt, daß laut Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages, der sich mit der Frage der Besetzung des Ostbaltiums durch deutsche Truppen befaßt, die deutschen Truppen dort gelassen werden. In seiner Rede, die der deutschen Waffenstillstandskommission durch General Ludat am 24. Dezember v. J. überreicht worden ist, macht er die deutsche Regierung für alle Schäden haftbar, die der Bevölkerung der Ostbaltien dadurch entstehen, daß den zurückgehenden deutschen Truppen die Bolschewistik folgen. Er fordert sogar aus der Zurückziehung der deutschen Truppen, daß Deutschland mit dem Bolschewismus unter einer Bedingung, und gründet auf diese falsche Auffassung seine drohenden Forderungen. Die deutsche Regierung hat dieses Verlangen nicht anerkannt und sich darauf berufen, daß Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages für Deutschland zwar ein Recht, aber keine Pflicht begründe, seine Truppen im Osten zu lassen, und daß die deutsche Regierung auch nicht über ihr tatsächliches Vermögen hinaus verpflichtet werden könne, Truppen, die kampfunfähig seien, an den Kampfplatz zu lassen.

Die Verhandlungen, die auf die Rolle des Generalstabschefs hoch ihn mit der Obersten Heeresleitung der Allierten eingeleitet worden sind, sind noch nicht abgeschlossen. Die Forderung der Allierten nach Besetzung der deutschen Truppen im Osten bezieht sich sowohl auf Estland und Lettland wie auf die Ukraine. Die Dillmann-Winz's hat so politisch bedingt und entspricht nur den Forderungen der Entente. Daraus macht die Rote Fahne der deutschen Regierung ein Verbrechen, indem sie behauptet, daß Deutschland nur die künftigen Parteien und Sozialisten schützen wolle. In Wirklichkeit verlangt die deutsche Bevölkerung in ihrer großen Masse, vertreten durch die Regierungen der estnischen und lettischen Republik, daß Deutschland sie nicht im Stich

lasse. Namentlich die lettischen und estnischen Sozialdemokraten, die hinter beiden Regierungen stehen, haben ihre Hilfsmittel erschöpfen lassen und einen Appell an die schwedische Regierung und sogar an die Entente gerichtet. Das Vorgehen des deutschen Gesandten ist also durchaus ferner.

Wir können allerdings Truppen, die nicht mehr kämpfen wollen, nicht dazu zwingen. Es bleibt uns also gar nichts anderes übrig, als freiwillige zu werden, die gemeinsam mit den estnischen und lettischen Volkwehren die furchtbare Gefahr des Bolschewismus abwehren.

### Die deutsche Regierung gegen Radeks Umtriebe.

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Forderung nach Moskau gerichtet:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen und ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiedererrichtung des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen ihrer unzulässigen Schritte zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber, welche sich genötigt sieht, das Eindringen der russischen Propaganda in Deutschland zu verhindern, wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerehin Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie an Oberst, den Zentralrat der Ostfront sowie sämtliche Soldatenräte im Osten ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Die russischen Vertreter haben es ungenügend verstanden, sich der Grenzkontrolle in unzulässiger Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie das möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu nehmen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dafür getan wird, um das Eindringen der Anarchie in Deutschland zu verhindern.

### Die Besetzung Rigas.

Wien, 3. Januar. Ueber die Besetzung Rigas ist in Wien folgender russischer Forderung eingelaufen: Rigas befindet sich in den Händen des lettischen Sowjet. Der Bürgerkrieg bemächtigte sich eine Stadt. Die deutschen Truppen unterwerfen sich dem lettischen Sowjet.

### Die polnische Gefahr.

Das preussische Staatsministerium hat gestern in gemeinsamer Sitzung mit dem Reichskabinett über die Vorgänge in der Provinz Posen beraten. Die wichtigsten Ergebnisse der Besprechung, wie sie von dem Minister Eugen Ernst in einer Unterredung mit dem Vertreter der Telegraphen-Union zum Ausdruck gekommen war, wurde im allgemeinen nicht geteilt. Man war sich klar darüber, daß nur noch ein entschlossenes militärisches Eingreifen den polnischen Expansionsgelüsten Halt geben könne. Heute vormittag 10 Uhr sollen die Beratungen fortgesetzt und abgeschlossen werden. Wie das Berl. Tagebl. hört, wird die Regierung ihren Standpunkt der Öffentlichkeit unterbreiten. Neben der Abwehr der polnischen Loslösungsbestrebungen kommt auch ein militärischer Saubereinigungsvor ruffischen bolschewistischen Einfällen in Betracht.

### Der Vormarsch der Polen.

Berlin, 3. Januar. Die Versetzung der Rote Fahne, die westlich von Bromberg liegt, ist, wie der Berl. R.-A. hört, von den Polen erklärt worden. Deniken und Schneidemühl erwarten in nächster Zeit den Vormarsch der Polen.

Posen, 3. Januar. In der Stadt Posen treten allmählich geordnete Zustände an. Der Post- und Fernsprechbetrieb ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Das Post-Tagebl. und die Eidentische Warte drücken von Sonnabend früh an wieder erwidern.

### Polnische Absichten auf Oberschlesien?

Dem Dresdner Anzeiger wird aus Breslau aus dem Nach Meldungen aus dem oberhalbigen Industriegebiet berichtet die Polen auch für Oberschlesien Heberaufzungen vor. In Weutern fand am 30. Dezember eine Konferenz von Polenführern aus Preußen, Ostgalien und Polen statt. Die allgemeine Bemerkung der radikalen Polen wird in aller Stille durchgeführt. Die der Polen stark durchdrungen K. und S-Räte verhalten sich der großen Forderung gegenüber passiv.

Am Zusammenhang mit der kühnlichen Frage steht folgende Meldung aus Wien: In Peking in Ostchina ist ein Hebereinkommen zwischen der deutschen Gemeindevertretung und dem polnischen Nationalrat zustande gekommen, wonach die Stadtvertretung die derzeitige polnische Verwaltung Ostschlesiens bis zur endgültigen Entscheidung der Trienkonferenz anerkennt, wogegen der polnische Nationalrat die Stadt Peking und die deutschen Vorkriegs Umgebungen und deutschen Siedlungen anerkennt und ihnen volle Selbstverwaltung und deutsche Amtssprache gewährt.